

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/308**

Herrn
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Günter Neugebauer, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Staatssekretär

Kiel, 8. November 2005

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein – Jahresabschluss 2004
Weiterleitung einer Finanzausschussvorlage des IM

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Rahmen der Beratung des Umdrucks Nr. 16/231 – Sitzung des Finanzausschusses am 27. Oktober 2005 – (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein – Jahresabschluss 2004) hatte der Finanzausschuss um Zuleitung des vollständigen Jahresabschlusses 2004 des Statistischen Amtes gebeten. Dem kommt das Innenministerium mit der anliegenden Vorlage nach, die ich Ihnen zu Ihrer Kenntnisnahme übersende.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dr. Arne Wulff

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Günter Neugebauer, MdL
Landeshaus

**Innenministerium
des Landes
Schleswig-Holstein**



24105 Kiel

über das
Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 64

24105 Kiel

Staatssekretär

Kiel, 3. November 2005

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der Sitzung des Finanzausschusses vom 27. Oktober 2005 wurde gebeten, dass der vollständige Jahresabschluss 2004 des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein vorgelegt wird. Dieser Bitte komme ich gerne nach und habe Ihnen den Jahresabschluss einschließlich des Lageberichts als Anlage beigefügt. In dieser Form wird der Jahresabschluss demnächst auch im Amtsblatt für Schleswig-Holstein veröffentlicht werden und damit der Regelung im § 9 des Staatsvertrages zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein gefolgt.

Die Jahre 2004 und 2005 sind - wie schon früher ausgeführt - als Konsolidierungs-

Postfach 7125
24171 Kiel
Telefon (0431) 988-0
Telefax (0431) 988-3003
e-mail: ulrich.lorenz@im.landsh.de
Internet: www.landesregierung.schleswig-holstein.de

phase ausdrücklich von Einsparmaßnahmen ausgenommen worden. Erst ab dem Jahr 2006 sollen die Personalkosten gesenkt werden. Das Ziel einer Reduzierung des Personalkostenbudgets von 2004 um jährlich 3 % bis zum Jahre 2010 (also insgesamt 15 % = 3 Mio. €) unter der Prämisse eines annähernd gleich bleibenden Aufgabenvolumens ist nur im Rahmen der natürlichen Personalfuktuation im Statistischen Amt zu realisieren. Betriebsbedingte Kündigungen wurden im Rahmen der Fusion ausdrücklich ausgeschlossen. Weitere Einsparungen sind sozialverträglich nicht zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Ulrich Lorenz

**Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein -
Anstalt des öffentlichen Rechts**

Geschäftsjahr 2004

Lagebericht

1. Vorbemerkung

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) und die Landesregierung von Schleswig-Holstein haben im Februar 2003 beschlossen, die auf dem Gebiet der amtlichen Statistik bestehende Zusammenarbeit auszubauen und die beiden Statistischen Landesämter zu einer Anstalt des öffentlichen Rechts zusammen zu führen. Vorrangiges Ziel der Zusammenführung war dabei eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der amtlichen Statistik durch die Erzielung von Effizienzsteigerungen und Synergieeffekten unter Wahrung der sozialen Belange der Beschäftigten. Durch die Realisierung von Synergiepotentialen sollen die Länderhaushalte von Hamburg und Schleswig-Holstein entlastet werden.

Bei der Prüfung der Einsparpotentiale war zu beachten, dass

- die Anstalt weiterhin für nahezu alle Erhebungen getrennte Ergebnisse für Hamburg und Schleswig-Holstein vorbereiten, produzieren und darstellen muss,
- es Länderspezifika gibt, die auf die Besonderheiten von Stadtstaat und Flächenland zurückzuführen sind und
- beide Standorte erhalten bleiben.

Die Fusion der beiden Statistischen Landesämter Hamburg und Schleswig-Holstein zum Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein – Anstalt des öffentlichen Rechts (Statistikamt Nord) erfolgte am 01.01.2004; Sitz ist die Freie und Hansestadt Hamburg. Für die Wahrnehmung seiner Aufgaben erhält das Statistikamt

Nord jährlich von der Freien und Hansestadt Hamburg einen im Einvernehmen mit Schleswig-Holstein festgelegten Zuschussbetrag.

2. Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Vermögenslage

Wesentliche Vermögens- und Schuldposten sind die Forderungen gegen die Anstaltsträger aus den übergeleiteten Beschäftigungs- und Dienstverhältnissen mit 71,4 Prozent (13.544 T€) der Bilanzsumme sowie die korrespondierenden Verpflichtungen gegenüber den Angestellten und Beamten mit 85,3 Prozent (16.170 T€) der Bilanzsumme.

Die Forderungen sind durch Staatsvertrag bzw. Freihalteerklärungen der Anstaltsträger begründet. Die Freihalteerklärung des Landes Schleswig-Holstein bedarf in Höhe von 527 T€ noch der abschließenden haushaltsrechtlichen Genehmigung.

Das Anlagevermögen wurde durch die Anstaltsträger zur Erbringung ihres Kapitalanteils zu Verkehrswerten eingebracht und wird über die jeweilige Restnutzungsdauer abgeschrieben. Es ist bei einer Überdeckung von 166 T€ ausschließlich eigenkapitalfinanziert.

Die liquiden Mittel sind in Höhe von 1.753 T€ zweckgebunden zur Erfüllung zukünftiger Versorgungsverpflichtungen.

Ertragslage

Zuschuss und Erträge

Die Anstalt ist aufgrund der hauptsächlich öffentlichen Tätigkeiten nahezu ausschließlich zuschussfinanziert.

Zuschüsse durch die Trägerländer wurden dem Statistikamt Nord quartalsweise in Form von Abschlagszahlungen überwiesen. Am Jahresende erfolgte ein Ausgleich über die Steuerreserve, die darüber hinaus die erforderlichen Mittel für Versorgungsleistungen enthielt.

Die Leistungserlöse des Statistikamtes Nord beliefen sich in 2004 auf 178 T€.

Die sonstigen betrieblichen Erträge basieren im Wesentlichen auf Ansprüchen der Anstalt aus den übergeleiteten Beschäftigungsverhältnissen gegen die Anstaltsträger. Die Berechnungen erfolgten durch einen Versicherungsmathematiker. Darüber hinaus erhielt das Statistikamt Nord Erstattungen für Personalausgaben.

Aufwendungen für bezogene Leistungen (Statistikproduktion, Rechenzentrumsleistungen)

Aufwendungen für die Statistikproduktion entstanden insbesondere durch Abschluss von Interviewverträgen, Werkverträgen, zu zahlende Prämien an Datenlieferanten sowie durch Verträge, die mit externen Dienstleistern geschlossen wurden.

Darüber hinaus wurden die Rechenzentrumsleistungen von Dataport in Anspruch genommen.

Personalaufwand

Der Personalaufwand betrug im Jahr 2004 19.905 T€, das sind 67,5 Prozent der Gesamtaufwendungen (29.496 T€). Er liegt um 73 T€ über dem im Wirtschaftsplan veranschlagten Betrag. Dies ist im Wesentlichen auf einzelne Beträge des aktualisierten versicherungsmathematischen Gutachtens, auf dem die Rückstellungen für Versorgungsleistungen basieren, sowie auf Beihilfezahlungen an aktive Beschäftigte zurückzuführen.

Die in den Ansätzen nicht enthaltenen Tarifierhöhungen, die nach den in der FHH auch für Anstalten geltenden Regelungen von der Finanzbehörde nachgesteuert werden, wurden in 2004 aus dem eigenen Personalbudget finanziert.

Die Zahl der beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist im Berichtsjahr 2004 nahezu unverändert geblieben. Zum 01.01.2004 sind insgesamt 425 Beschäftigte übernommen worden, davon 374 Angestellte, 49 Beamtinnen bzw. Beamte und zwei Arbeiter. Am Jahresende 2004 betrug die Beschäftigtenzahl insgesamt 424, darunter waren 374 angestellt und 48 verbeamtet. Zum Jahresbeginn 2004 wurden 396,4 Vollzeitstellen (Äquivalente) gezählt, am Jahresende 397,9.

Bei der regionalen Konzentration der Statistiken konnten erste Synergieeffekte erzielt werden (aufgrund der Vorgabe, grundsätzlich 10 Prozent bei den Personalmitteln einzusparen). In den Ressourcenbereichen „Grundsatzangelegenheiten/Innerer Dienst“, „Haushalt/Betriebswirtschaft“ und „Personalangelegenheiten“ war dies jedoch nicht möglich. So sind einzelne Aufgaben, die vor der Fusion Sache der Dienst- bzw. Fachaufsicht waren, jetzt von der verselbstständigten Anstalt zu bearbeiten. Des Weiteren stellen sich mit der Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens, der Buchführung, der Finanz- und Anlagenbuchhaltung, der Kosten- und Leistungsrechnung u. ä. neue Aufgaben, die bislang nicht oder nur zum Teil wahrgenommen werden mussten. Die Realisierung von Synergien im Inneren Dienst erweist sich aufgrund der Beibehaltung beider Standorte als besonders schwierig. Somit blieb die Mitarbeiterzahl nahezu konstant.

Abschreibungen und Investitionen

Das Anlagevermögen hat sich in 2004 um 237 T€ auf 1,69 Mio. € verringert. Den Investitionen in Höhe von 599 T€ stehen Abschreibungen in Höhe von 799 T€ gegenüber.

Die Abschreibungen sind gegenüber der Veranschlagung im Wirtschaftsplan 2004 angestiegen. Als Grund ist anzuführen, dass im März 2004 Nachmeldungen für Investitionen für das 2. Halbjahr 2003 erfolgt sind.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten insbesondere die Ausgaben für den

Gebäudeaufwand, für IT-Betriebsmittel, Reisekosten sowie für Aus- und Fortbildung.

Die Kosten für den Gebäudeaufwand haben sich erhöht, da zum einen bisher kostenfreie und somit nicht in den Haushalten veranschlagte Leistungen dem Statistikamt Nord in Rechnung gestellt wurden. Zum anderen führten geänderte Mietverträge zu höheren Bewirtschaftungskosten.

Bedingt durch die beiden Standorte Hamburg und Kiel sind die Reisekosten erheblich höher als veranschlagt.

Die Kosten für Aus- und Fortbildung lagen weit unter dem Ansatz. Als ein Grund ist sicherlich der mit der Fusion verbundene Umstrukturierungsprozess zu nennen, so dass Aus- und Fortbildungsmaßnahmen nur restriktiv von den Beschäftigten in Anspruch genommen wurden bzw. genommen werden konnten.

3. Schwerpunktthemen in 2004 in den Intendanzbereichen

Es war sicherzustellen, dass das Statistikamt Nord nach kaufmännischen Grundsätzen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt wird. Damit verbunden war insbesondere die umgehende Einführung der Buchhaltung, die dem externen Dienstleister Weiland & Partner übertragen worden ist.

Die Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) wurde vom Verwaltungsrat in zwei Schritten beschlossen. In 2004 überprüfte das Finanzreferat die in der Buchhaltung erfassten Aufwendungen und Erträge hinsichtlich ihrer Zuordnung auf die für die Trägerländer erbrachten Leistungen/Produkte. Im Ergebnis wurden Umlageverfahren für die Verteilung der Kostenarten auf die Trägerländer festgelegt. Parallel erfolgten die vorbereitenden Arbeiten für die Einführung einer KLR ab 2005. Da die Arbeitsfelder KLR und Finanzbuchhaltung eng miteinander verbunden sind, realisierte die technische Umsetzung ebenfalls die Firma Weiland & Partner.

Die Zusammenarbeit des Statistikamtes Nord mit dem IT-Dienstleister Dataport wird fortgesetzt. Der Entwurf eines entsprechenden Rahmenvertrages mit den Leistungsarten und -mengen, die das Statistikamt Nord in den Jahren 2004 bis 2009 beziehen wird, liegt vor und steht kurz vor der Unterzeichnung.

Es ist vorgesehen, dass das Statistikamt Nord künftig für die Geldanlage von Pensionen und Versorgungsleistungen selbst verantwortlich ist. Es sind inzwischen verschiedene Optionen für die Anlage der Deckungsmittel untersucht worden, um schnellstmöglich eine Entscheidung herbeiführen zu können.

4. Kerngeschäft Statistikproduktion

Das Statistikamt Nord soll alle den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein nach Gesetz, Rechtsverordnung sowie Vereinbarung übertragenen Aufgaben auf dem Gebiet der amtlichen Statistik wahrnehmen. Diese Kernaufgabe bedeutet im Wesentlichen die Durchführung von im Schnitt mehr als 200 ganz überwiegend durch nationale oder europäische Gesetzgebung angeordneter Statistiken. Das Amt erhebt die Daten, bereitet sie auf und interpretiert sie. Im Rahmen des föderal organisierten Statistikwesens in Deutschland beliefert es das Statistische Bundesamt innerhalb eines festen Terminrahmens mit Landesergebnissen, die zur Zusammenstellung des Bundesergebnisses benötigt werden. Im Jahre 2004 waren rund 200 verschiedene Statistiken für Hamburg und rund 225 für Schleswig-Holstein durchzuführen, die Zahl der Liefertermine betrug insgesamt rund 1300.

Die Statistikproduktion des Amtes findet in fachlich spezialisierten Referaten statt, die von einem IT-Bereich sowie fachlich bzw. verwaltungsmäßig ausgerichteten Intendanzbereichen unterstützt werden. Die Fachreferate an den beiden Standorten unterlagen einem Umbauprozess, indem die Produktion der einzelnen Statistiken, die bisher bis auf wenige Ausnahmen an beiden Standorten stattfand, zunehmend auf einen Standort konzentriert wurde, ein Prozess also mit der strategischen Ausrichtung, nicht Personal, sondern Aufgaben „wandern“ zu las-

sen. Die Produktion einer Statistik wurde also für beide Länder jeweils an einem Standort zusammengefasst. Dies hatte nicht nur außergewöhnliche Belastungen des Personals in den betroffenen Fachbereichen zur Folge, sondern gleichermaßen waren der IT-Bereich – und wegen einer sehr großen Zahl erforderlicher personalwirtschaftlicher Maßnahmen – die Intendantenbereiche in Anspruch genommen.

Die Statistikproduktion musste trotz des Umbauprozesses weiter laufen, die Termine bei den Ergebnislieferungen an das Statistische Bundesamt waren einzuhalten. Dies stieß im Einzelfall immer wieder an Grenzen. Die Defizite bei der Produktion gingen jedoch nicht über das zu erwartende Maß hinaus.

Die Wahrnehmung der zentralen Dienstleistungsfunktion des Amtes, die statistischen Ergebnisse allgemein zu veröffentlichen bzw. zugänglich zu machen, konnte im Wesentlichen auf dem Niveau der beiden ehemaligen Statistischen Landesämter Hamburgs bzw. Schleswig-Holsteins gehalten werden. Auch in diesem Bereich gingen fusionsbedingte Defizite nicht über das zu erwartende Maß hinaus.

5. Kundenorientierte statistische Dienstleistungen

Die Durchführung der durch bundesgesetzlich oder durch europäisches Recht angeordneten amtlichen Statistiken für Hamburg und Schleswig-Holstein ist zwar das Kerngeschäft des Statistikamtes. Ergänzend wird sich das Amt verstärkt an den besonderen Aufbereitungs- und Analysewünschen von Partnern und Kunden ausrichten, mit marktgängigen Standardangeboten und maßgeschneiderten Produkten. Hierzu gehören auch die aktive Ermittlung des Informations- und Analysebedarfs und das Einholen von Aufträgen, z. B. spezifische Sonderaufbereitungen der amtlichen Statistikdaten, ergänzende Erhebungen, Bevölkerungsvorausberechnungen, eine Verbesserung der Aussagekraft von Auswertungen durch Einbeziehung anderer Datenquellen oder die Erstellung von Statistikprofilen für Zielgruppen oder Raumeinheiten (z. B. Met-

ropolregion, Gemeinden oder Hamburger Stadtteile).

Wichtige Voraussetzung für die Bearbeitung von einzelnen Aufträgen ist deren auskömmliche Finanzierung durch den Auftraggeber. Dies führt zwar zu Einnahmenerhöhungen, die aber dem Grunde nach nur den zusätzlich entstehenden Aufwand abdecken werden.

Erste Erfolge konnten bereits im Jahr 2004 erzielt werden: So baut das Statistikamt im Auftrag der Senatskanzlei der FHH das Informationssystem für den Monitor Wachsende Stadt auf und ist für die jeweilige Aktualisierung verantwortlich. Die Energiebilanzen für das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und die kleinräumigen Bevölkerungsvorausberechnungen für das Innenministerium konnten wie in den Vorjahren erfolgreich bearbeitet werden. Gleiches gilt für die Unterstützungsleistungen des Amtes bei den verschiedenen Wahlgängen, die Bürgerschaftswahl im Februar 2004, die Europawahl im Juni und die Landtagswahl in Schleswig-Holstein im Februar 2005.

6. Ausblick und Risiken der künftigen Entwicklung

Das Statistikamt Nord hat sich inzwischen weiter konsolidiert und wird zunehmend zu einer handelnden Einheit, die ihrem Dienstleistungsauftrag nachkommt. Die fusionsbedingten Schwierigkeiten bei der Statistikproduktion gingen nicht über das zu erwartende Maß hinaus. Der Aufbau der fachlichen Querschnitts- sowie der Intendantenbereiche verlief bzw. verläuft im Wesentlichen planmäßig.

Der Prozess der „inneren Fusion“ macht gute Fortschritte. Angesichts der über Jahrzehnte gewachsenen unterschiedlichen formalen und informellen Strukturen in den beiden ehemaligen Landesämtern benötigt dieser allerdings seine Zeit. Die Bereitschaft zum „Zusammenwachsen“ in der Mitarbeiterschaft ist hoch und wird vom Vorstand durch eine offene Informationspolitik und viel Transparenz nach Kräften unterstützt. Bereits im vergangenen Jahr fanden die Wahlen

zum Personalrat, für die Frauenbeauftragte sowie den Vertreter der Beschäftigten im Verwaltungsrat statt.

Der Fusionsprozess wird maßgebend von der Zielsetzung bestimmt, die Durchführung der Statistiken an jeweils einem Standort zu konzentrieren. Die regionale Konzentration der Facharbeiten wird im Mai 2005 abgeschlossen sein. Die Einsparmöglichkeiten sind insofern jedoch begrenzt, als dem Statistischen Bundesamt nach wie vor die Ergebnisse für Hamburg und Schleswig-Holstein getrennt zu liefern sind und deren Aufbereitung die Kenntnis beider Landeskulissen im Fachbereich erfordert.

In den Jahren 2006 bis 2010 ist eine Reduzierung der Personalkosten des Statistikamtes Nord um bis zu 15 Prozent vorgesehen. Diese Einsparungen – so sieht es schon der Staatsvertrag vor – werden durch Ausnutzung der Personalfluktuations, also in Folge von frei werdenden Stellen erbracht. Die absehbaren Abgänge in den nächsten Jahren belegen, dass dieses grundsätzlich möglich ist. Dabei müssen aber Prioritätenent-

scheidungen gefällt werden, welche Aufgabenbereiche es zu verkraften haben, wenn vakant gewordene Positionen nicht wieder besetzt werden. Hierzu werden derzeit Handlungsleitlinien erarbeitet.

Neue Entwicklungen und Statistikvorhaben in der EU deuten darauf hin, dass ggf. zusätzlicher Aufwand in den statistischen Ämtern entsteht. Dieser ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht genau bezifferbar, stellt jedoch inzwischen ein Risikopotential dar. So sind hier z. B. die öffentlichen Haushaltsstatistiken, die Finanzstatistiken, die strukturelle Unternehmensstatistik, die Statistiken zu Wanderung und Asyl, die Preisstatistik sowie das Unternehmensregister zu nennen. Für diese Statistikbereiche sind gegenwärtig Erweiterungen oder Veränderungen in der Diskussion, die mittelfristig, ggf. sogar vergleichsweise kurzfristig, zu einer Ausweitung der Aufgaben und insofern zu Mehrbedarf an Mitteln führen können.

Dr. Wolfgang Bick

Dr. Hans-Peter Kirschner

Hamburg/Kiel, 07.06.2005

**Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein -
Anstalt des öffentlichen Rechts**

**Bilanz für
für die Zeit vom 01.01.2004 bis zum 31.12.2004**

AKTIVA

	<u>EUR</u>	<u>31.12.2004</u> EUR	<u>01.01.2004</u> EUR
A. <u>Anlagevermögen</u>			
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>			
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		414.261,00	531.364,00
II. <u>Sachanlagen</u>			
1. Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	38.802,00		106.302,00
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>1.242.651,00</u>	<u>1.281.453,00</u>	<u>1.288.450,00</u>
		1.695.714,00	1.926.116,00
B. <u>Umlaufvermögen</u>			
I. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	10.635,07		0,00
2. Forderungen gegen die Anstaltsträger - davon gegen die Freie und Hansestadt Hamburg: EUR 6.893.129,00 - davon gegen das Land Schleswig-Holstein: EUR 6.651.203,00	13.544.332,00		13.818.178,00
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>449.384,89</u>	14.004.351,96	0,00
II. Kassenbestand, Guthaben bei der <u>Landeshauptkasse Hamburg</u> - davon zur Erfüllung zukünftiger Versorgungsansprüche zweckgebunden: EUR 1.753.121,88		3.258.484,18	0,00
		<u>18.958.550,14</u>	<u>15.744.294,00</u>

**Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein -
Anstalt des öffentlichen Rechts**

**Bilanz
für die Zeit vom 01.01.2004 bis zum 31.12.2004**

PASSIVA

A. <u>Kapital</u>	<u>EUR</u>	<u>31.12.2004</u> EUR	<u>01.01.2004</u> EUR
I. Gezeichnetes Kapital	1.663.000,00		1.663.000,00
II. Freie Rücklagen	272.288,88		263.116,00
III. Jahresergebnis	<u>./. 72.950,30</u>	1.862.338,58	0,00
 B. <u>Rückstellungen</u>			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	12.563.866,00		10.496.706,00
2. Sonstige Rückstellungen	<u>3.789.993,00</u>	16.353.859,00	3.321.472,00
 C. <u>Verbindlichkeiten</u>			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 739.966,24	739.966,24		0,00
2. Sonstige Verbindlichkeiten - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 2.386,32 - davon aus Steuern: EUR 2.386,32	<u>2.386,32</u>	742.352,56	0,00
		<u>18.958.550,14</u>	<u>15.744.294,00</u>

**Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein -
Anstalt des öffentlichen Rechts**

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 01.01.2004 bis zum 31.12.2004**

	EUR		31.12.2004 EUR
1. Transfererträge			28.303.497,46
2. Leistungserlöse		+	178.207,01
3. Sonstige betriebliche Erträge		+	939.174,60
4. Materialaufwand Aufwendungen für bezogene Leistungen - davon Rechenzentrumsleistungen Dataport: EUR 4.952.000,00		./.	5.602.597,26
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	15.016.268,93		
b) Soziale Abgaben und Auf- wendungen für Altersversorgung und Unterstützung -davon für Altersversorgung: EUR 2.164.201,92	4.889.555,60	./.	19.905.824,53
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		./.	799.236,94
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		./.	3.189.206,15
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		+	3.035,51
9. Jahresergebnis		./.	72.950,30

**Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein -
Anstalt des öffentlichen Rechts**

**Anhang
zum Jahresabschluss 2004**

I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss wurde entsprechend den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften aufgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

Mit der Aufstellung der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung, des Anhangs sowie des Lageberichtes erfüllt das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein – Anstalt des öffentlichen Rechts - die Anforderungen des § 15 Abs. 1 der Satzung der Anstalt.

Aufgrund der Errichtung der Anstalt zum 01.01.2004 werden mangels Vorjahreszahlen den Zahlen auf den 31.12.2004 die Eröffnungsbilanzwerte zum 01.01.2004 gegenübergestellt.

Bei der Gliederung der Bilanz wurde von der Vorschrift des § 265 Abs. 6 HGB Gebrauch gemacht und die Postenbezeichnung "Forderung gegen die Anstaltsträger" eingeführt.

Bei der Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurden die Postenbezeichnungen "Transfererträge" und "Leistungserlöse" eingeführt.

II. Bilanzierung und Bewertungsmethoden

Es wurde von dem Ansatzwahlrecht Gebrauch gemacht, Pensionsrückstellung für Altzusagen sowie mittelbare und unmittelbare ähnliche Verpflichtung zu bilanzieren (§ 249 Abs. 1 Satz 1 HGB / Art. 28 Abs. 1 EGHGB).

III. Angaben zur Bilanz

Aktiva

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände und Gegenstände des Sachanlagevermögens wurden zu Anschaffungskosten angesetzt und um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Die Abschreibungen werden auf der Grundlage der ermittelten betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände nach der linearen Methode in Anlehnung an die amtlichen AfA-Tabellen ermittelt.

Geringwertige Wirtschaftsgüter wurden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben.

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im Einzelnen in der anliegenden Übersicht dargestellt.

Die Bewertung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erfolgte zum Nennwert.

Die Forderungen gegen die Anstaltsträger resultieren aus Ansprüchen der Anstalt aus den übergeleiteten Arbeits- und Dienstverhältnissen. Die Ansprüche ergeben sich zum einen aus Versorgungsansprüchen der Mitarbeiter, die vor Anstaltsgründung entstanden sind und deren Übernahme durch Staatsvertrag von den Anstaltsträgern garantiert ist.

Zum anderen ergeben sie sich aus den durch Freihalteerklärungen der Anstaltsträger unterlegten Ansprüchen für Altersteilzeit, Resturlaub und Beihilfe. Die Bewertung erfolgte in analoger Anwendung der Bewertung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

In den Forderungen gegen die Anstaltsträger sind 336 T€ enthalten, die zum Bilanzstichtag noch nicht rechtlich entstanden sind.

Die sonstigen Vermögensgegenstände wurden ebenfalls mit dem Nennwert bewertet.

Passiva

Kapital

Das gezeichnete Kapital zum 31.12.2004 beträgt EUR 1,66 Mio.

Unter der Position Rücklagen wird das die Einlageverpflichtung gemäß Staatsvertrag übersteigende Kapital ausgewiesen.

Die Bildung von Pensionsrückstellung und ähnlichen Verpflichtungen gegenüber den Mitarbeitern aus BeamtVG sowie der entsprechenden Anwendung der Vorschriften der VBL erfolgte analog § 6a EStG und Abschnitt 41 EStR.

Maßstab für die Höhe der Rückstellungen ist der versicherungsmathematische Wert der Verpflichtungen. Verpflichtungen an aktive Arbeitnehmer und Beamte wurden zum Teilwert und Verpflichtungen an Arbeitnehmer und Beamte im Ruhestand zum Barwert angesetzt. Soweit ein Passivierungswahlrecht besteht, hat die Anstalt die Verpflichtungen ohne Ausnahme passiviert.

Der Rechnungszinsfuß beträgt 6,0 % p. a.

Die sonstigen Rückstellungen basieren zum Teil auf versicherungsmathematischen Gutachten (Altersteilzeit, Beihilfe für Pensionäre). Die weiteren sonstigen Rückstellungen ergeben sich wie folgt:

	<u>T€</u>
Höhergruppierungen Mitarbeiter	134
Urlaub	764
Arbeitsgerichtsprozesse	10
Jahresabschlusskosten und Aktuaergelt	40
	<u>948</u>

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Ver-

bindlichkeiten. Sie sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung angesetzt.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten werden zum Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Es bestehen keine Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren.

Darüber hinaus sind die Verbindlichkeiten nicht durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert.

Haftungsverhältnisse

Zum Abschlussstichtag bestehen keine Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB.

IV. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Die Transfererträge der Anstalt beliefen sich in 2004 insgesamt auf 28.303 T€.

Die Leistungserlöse werden ausschließlich im Inland erzielt und belaufen sich auf 178 T€.

Unter den Transfererträgen werden im Wesentlichen die für die Wahrnehmung der Aufgaben der Anstalt von der Freien und Hansestadt Hamburg im Einvernehmen mit Schleswig-Holstein festgelegten Zuschussbeträge für den laufenden Betrieb der Anstalt sowie für Versorgungsmittel ausgewiesen.

Personalaufwand

Der Personalaufwand verteilt sich wie folgt:

	<u>T€</u>
- Löhne und Gehälter	15.016
- Soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersvorsorge	4.889
davon für die Altersversorgung:	2.164 T€
	<u>19.905</u>

V. Sonstige Angaben

Angaben zu den Arbeitnehmern:

Die Zahl der Beschäftigten ist im Berichtsjahr 2004 nahezu unverändert geblieben. Zum 01.01.2004 betrug die Mitarbeiterzahl insgesamt 425 (davon 347 Angestellte, 49 Beamtinnen bzw. Beamte, 2 Arbeiter) und zum 31.12.2004 insgesamt 424.

Im Jahresdurchschnitt 2004 wurden 422 Mitarbeiter (49 Beamte, 371 Angestellte und 2 Arbeiter) beschäftigt.

Organe der Gesellschaft

Vorstand

Im Geschäftsjahr 2004 erfolgte die Geschäftsführung der Anstalt durch die beiden Vorstände:

Herrn Dr. Wolfgang Bick
Herrn Dr. Hans-Peter Kirschner

Die Mitglieder des Vorstandes erhalten Dienstbezüge der Besoldungsgruppe B 3 bzw. B 4.

Hamburg, den 17. Mai 2005

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein – Anstalt des öffentlichen Rechts

.....
Dr. Wolfgang Bick

.....
Dr. Hans-Peter Kirschner

Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat der Anstalt setzt sich wie folgt zusammen:

Herr Volker Schiek (Verwaltungsratsvorsitzender)
Amtsleiter Behörde für Inneres FHH
– Amt für Innere Planung und Verwaltung –

Frau Dr. Sibylle Roggencamp
Abteilungsleiterin Finanzministerium SH –
Wirtschaftsabteilung

Herr Friedrich-Eugen Bukow
Referatsleiter Finanzbehörde FHH,
Amt für Haushalt und Aufgabenplanung

Herr Dr. Dietmar Lutz
Abteilungsleiter Innenministerium (IM) SH
-Abteilung IV 2-

Herr Thorsten Quiel
Beschäftigtenvertreter Statistisches Amt für
Hamburg und Schleswig-Holstein

Die Mitglieder des Verwaltungsrates haben in 2004 keine Vergütungen erhalten.

Entwicklung des Anlagevermögens vom 1. Januar 2004 bis zum 31. Dezember 2004

	<u>Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten</u>				<u>Absetzung für Abnutzung</u>				<u>Restbuchwert</u>	
	Stand	Zugänge	Abgänge		Zugänge	Abgänge			31.12.2003	31.12.2004
	01.01.2004 EUR	EUR	EUR	31.12.2004 EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände										
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.357.863,25	100.259,38	1,00	1.458.121,63	217.361,38	0,00	1.043.860,63	531.364,00	414.261,00	
II. Sachanlagen										
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich auf fremden Grundstücken und andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.210.372,55	489.033,93	169.722,50	5.529.683,98	581.875,56	149.265,13	4.248.230,98	1.394.752,00	1.281.453,00	
	6.568.235,80	589.293,31	169.723,50	6.987.805,61	799.236,94	149.265,13	5.292.091,61	1.926.116,00	1.695.714,00	

Bestätigungsvermerk

Unter der Bedingung, dass die Freihalteerklärung des Landes Schleswig-Holstein auf den in der Eröffnungsbilanz ausgewiesenen Forderungsbetrag erweitert wird, erteilen wir folgenden Bestätigungsvermerk:

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein, Hamburg, für das Geschäftsjahr vom 01.01.2004 bis 31.12.2004 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Si-

cherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft.

Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Kiel, den 09. Juni 2005

Revisions- und Treuhand-Kommanditges.
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

(Holtzberg)
Wirtschaftsprüfer

ppa.
(Rutsch)
Wirtschaftsprüferin